**Einlassung**

Ich möchte mich gerne zu all den Vorwürfen äußern und zusätzlich etwas Kontext zu meinem allgemeinen Engagement und meiner Person geben.

**Persönliches**

* Ich bin gerade X Jahre alt geworden.
* Ich habe X jüngere Geschwister im Alter von X Jahren, für die ich immer diejenige war, die beschützt und den Weg weist, die pragmatisch denkt und Vorschläge macht, Risiken abwiegt und zu einer sicheren Lösung findet.
* Mein Abitur habe ich auf einer integrierten Gesamtschule in X im Jahr X gemacht. Dort bin ich aufgewachsen in einem Kontext, der zur Emanzipation und Beteiligung ab sehr jungem Alter (wobei die Stimmen der Jüngsten genauso viel Wert hatten, wie die der Ältesten) angeregt und motiviert hat, sowie einer Arbeitsweise, in der die Stärkeren/Schnelleren den Langsameren/Schwächeren helfen.
	+ Ich weiß mittlerweile, und wusste es wahrscheinlich eigentlich auch schon damals, dass unsere tatsächliche Welt, die Realität des Alltags, leider nicht nach diesen Prinzipien organisiert ist/funktioniert.
	+ Die Welt in der ich anschließend mein Studium in X, angefangen hatte, erschloss sich mir immer klarer & deutlicher in den letzten Jahren.
	+ Diese Welt, in der ich und wir alle jeden Tag aufwachen und mit der wir uns auseinandersetzen müssen (ob wir wollen oder nicht), ist eine Welt, die den Jüngsten keine Stimme gibt innerhalb ihres vorgesehenen, indirekten, parlamentarischen Systems. Es ist eine Welt, in der die Stimmen derjenigen den Ton angeben, die noch die geringste Zeitspanne auf einer sich bedrohlich immer weiter erhitzenden Erde verbringen müssen. Es sind die Entscheidungen hauptsächlich älterer, größtenteils weißer, Männer, aufgewachsenen in einem Zeitalter, das tatsächlich noch Hoffnung in kapitalistisches Wachstum legen konnte, aufgrund verschobener Illusionen.
	+ Das ist eigentlich keine Welt, in der ich leben möchte. Und auch keine Welt, die ich meinen kleinen Geschwistern erklären müssen möchte. Aber das ist die Welt, in der ich heute zum ersten Mal angeklagt vor Gericht stehe. Eine Welt, in der gute Freund:innen von mir jetzt gerade für 30 Tage in Präventivhaft in München sitzen aufgrund ihrer spontanen, friedlichen Versammlungen. Eine Welt, die störende Menschen lieber wegsperrt, anstatt sich mit den Ursachen und Gründen ihres Protestes, sowie ihren Wünschen, Vorschlägen und Motivationen, auseinanderzusetzen und die Inhalte anzugehen.
* Mein Studium habe ich mittlerweile abgeschlossen. Die letzten zwei Jahre habe ich mich intensiv mit Theorien gesellschaftlicher Veränderung & der Rolle von Protest auseinandergesetzt. Meine Bachelorarbeit hat den Titel „Women in Civil Resistance: Young, Female Spokespeople in the German Movement “Letzte Generation”.
* Ich bin also nicht aus Versehen bei der Letzten Generation gelandet. Ich bin bei der Letzten Generation gelandet, da ich nicht weiter still sein kann im Angesicht der Ungerechtigkeit, die jeden Tag weiter steigt. Weil ich Mittel nutzen möchte, die in unserer Geschichte der Bundesrepublik schon mehrfach erfolgreich zu Veränderungen geführt haben. Weil alle anderen Mittel erfolglos ausgeschöpft sind. Weil ich trotzdem noch Hoffnung darauf habe, dass wir nicht allen Kippunkten mut- und tatenlos einfach beim Kippen zuschauen.
* Inzwischen unterstütze ich hauptsächlich andere Menschen im Angesicht von Repression, während ich ein zweites Bachelorstudium anfange.
* Bei der Letzten Generation war ich schon an mehreren Protesten beteiligt. Bei Protesten führte ich Gespräche mit Autofahrenden oder Passant:innen und mit der Presse, um die Inhalte unserer Proteste zu erklären bzw Teil des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses zu sein. Das gesamte letzte Jahr über war ich als selbstständige Schauspielerin an der Theaterproduktion „Recht auf Jugend“ von Volker Lösch am Schauspielhaus Bonn beteiligt. Ich habe aktiv am Skript mitgeschrieben. Dafür haben wir den gesamten historisch-theoretischen Hintergrund, die praktische Realität des Protestes auf der Straße, sowie unsere emotionale Innenwelt offengelegt und auf der künstlerischen Ebene unseren Protest beschrieben. Und nun beschreibe ich ihn hier auf einer juristischen Ebene.
* Das alles ist manchmal ganz schön traurig und unfassbar anstrengend. Aber dass Strafrecht für davon Betroffene keinen Spaß macht, muss ich ihnen vielleicht nicht erklären. Oder vielleicht doch, da ich nicht weiß, ob sie sich wirklich vorstellen können, wie es ist, auf der Anklagebank zu sitzen und für seine gemeinwohlorientierten Überzeugungen kriminalisiert zu werden. Mit einem Menschen in schwarzer Robe vor sich, der über die eigene Existenz entscheiden kann. Mit einem Menschen schräg gegenüber, der aus dicken Akten vorliest, lange Aktenzeichen und Autokennzeichen zitiert und argumentiert, dass man Gewalt den Autofahrenden gegenüber ausgeübt hätte, obwohl die eigenen Überzeugungen Gewaltlosigkeit ganz voran stellen. Weil man bei Grün auf den Fugänger:innenüberweg getreten ist, stehen geblieben ist, sich dann eine Warnweste übergezogen hat, Banner mit den Wünschen & Forderungen ausgerollt hat und sich hingesetzt hat und für Gespräche mit den Menschen in den Autos auf diese Art sehr direkt angeboten hat.

**Verfassungsbruch**

* Im letzten Jahr habe mich auch weiter viel mit der aktuellen Politik, dem Regierungskurs und ihrer Verfassungskonformität auseinandergesetzt. Ich könnte meine Gedanken nicht besser zusammenfassen, als die über 60 Professorinnen und Professoren des Verfassungs- und Völkerrechts, unter anderem Prof. Markus Krajewksi – Professor in Erlangen sowie Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Menschenrechte und Generalsekretär der Deutschen Vereinigung für Internationales Recht, die vor circa zwei Wochen einen öffentlichen Brief an die Regierung gerichtet haben (siehe unter: https://verfassungsblog.de/fur-eine-volker-und-verfassungsrechtskonforme-klimaschutzpolitik/).
* Ich zitiere: „Die Bundesregierung muss sich an die Verfassung halten. Und ein verbesserter Klimaschutz ist Vorgabe der Verfassung.“
* Des Weiteren betonen die Unterzeichnenden, dass insbesondere Forderungen nach einer Verschärfung straf- und polizeirechtlicher Reaktionen beunruhigend seien und in vielen Fällen verfassungsrechtlich fragwürdig, denn das Versammlungsrecht schütze auch Protestformen, die disruptiv wirken und von der Mehrheit als Störung empfunden werden. Vor allem aber lenkten diese Debatten von den dringend nötigen Auseinandersetzungen über die konkrete Umsetzung der verfassungs- und völkerrechtlichen Klimaschutzpflichten und dem möglichen Verfassungsbruch der Ampel-Koalition unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz ab.
* Sie schließen ihren Brief mit folgenden Worten: „Vor diesem Hintergrund fordern wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Verfassungs- und Völkerrechts die gesetzgebenden Organe des Bundes auf, das Klimaschutzgesetz nicht abzuschwächen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein effektives Klimaschutzprogramm mit ausreichenden Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaschutzziele und damit der völker- und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zu beschließen.“

Der vollständige öffentliche Aufruf liegt meiner gedruckten Version der Einlassung als Anlage bei und wird anschließend zu Protokoll gegeben.

* Dieser Brief baut auf dem als Klimabeschluss bekannten Urteil vom 24. März 2021 vom Bundesverfassungsgericht auf. Dort präzisierte das Bundesverfassungsgericht die Bedeutung von und die Verpflichtungen aus Art. 20a GG und stellte unmissverständlich klar:

„Das Grundgesetz verpflichtet unter bestimmten Voraussetzungen zur Sicherung grundrechtsgeschützter Freiheit über die Zeit und zur verhältnismäßigen Verteilung von Freiheitschancen über die Generationen. Subjektivrechtlich schützen die Grundrechte als intertemporale Freiheitssicherung vor einer einseitigen Verlagerung der durch Art. 20a GG aufgegebenen Treibhausgasminderungslast in die Zukunft. Auch der objektivrechtliche Schutzauftrag des Art. 20a GG schließt die Notwendigkeit ein, mit den natürlichen Lebensgrundlagen so sorgsam umzugehen und sie der Nachwelt in solchem Zustand zu hinterlassen, dass nachfolgende Generationen diese nicht nur um den Preis radikaler eigener Enthaltsamkeit weiter bewahren könnten.

Die Schonung künftiger Freiheit verlangt auch, den Übergang zu Klimaneutralität rechtzeitig einzuleiten. Konkret erfordert dies, dass frühzeitig transparente Maßgaben für die weitere Ausgestaltung der Treibhausgasreduktion formuliert werden, die für die erforderlichen Entwicklungs- und Umsetzungsprozesse Orientierung bieten und diesen ein hinreichendes Maß an Entwicklungsdruck und Planungssicherheit vermitteln.“

(siehe: BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -).

* Dieser Beschluss wurde von der Deutschen Umwelthilfe als „die wohl bedeutendste Umweltschutz-Entscheidung in der Geschichte des Bundesverfassungsgerichts“ gelobt. Wenn ich allerdings mit dem Abstand von zwei Jahren auf die Entscheidung und ihre (Nicht-)Folgen schaue, muss ich sagen, dass ich milde gesagt, ernüchtert bin. Das Problem, wie wir effektiven Klima- bzw. Menschenschutz umsetzen wollen, ist noch immer nicht ernsthaft von der Politik, aber auch nicht von den Verwaltungsgerichten oder selbst dem Bundesverfassungsgericht angegangen worden. Der Beschluss sah voraus, dass die Regierung bereichsspezifische Maßnahmen für einzelne Sektoren vorlegen und auch umsetzen muss – die Sofortprogramme.
* In seinem Zweijahresgutachten vom November 2022 wies der Expertenrat der Bundesregierung darauf hin, dass die bisherigen Emissions-Reduktionsraten komplett unzureichend sind, um die Klimaschutzziele für 2030 zu erreichen – das ist übrigens bereits in sieben Jahren.

Erst am 22.08.2023 hat der Expertenrat für Klimafragen der Bundesregierung erneut bescheinigt, dass die Klimaschutzmaßnahmen zwar in die richtige Richtung gehen, aber bei weitem noch immer nicht ausreichen und zudem die Umsetzung nicht garantiert ist. Das bisherige Klimaschutzkonzept weise große Lücke und kein Gesamtkonzept auf. Zudem werde nicht deutlich, wie die restliche Lücke geschlossen werden solle. Die Lücke werde vermutlich auch bei vollständiger Umsetzung der geplanten Maßnahmen größer sein, als von der Regierung angegeben. Auch sonst gebe es in dem Programm "erhebliche Unschärfen und Unsicherheiten", heißt es in der Stellungnahme. "Die erwartete Gesamtminderung wird daher vermutlich überschätzt." (vgl. https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/expertenrat-klima-ampel-regierung-100.html)

Statt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts konsequent umzusetzen, werden die Sektorengrenzen und -ziele aufgeweicht. Besonders der Verkehrssektor verfehlt seine Ziele in einem unbegreiflichen Ausmaß. Und niemanden störts. Das sind Momente, wo ich mich frage, was eigentlich mit uns los ist. Es werden Vorgaben von Verfassungsrang aufgestellt und tagtäglich gebrochen. Durch das verfassungsbrüchige Verhalten unserer Politiker:innen, durch die steigenden Emissionen auf der Straße, werden Menschenleben gefährdet und Existenzen vernichtet, schon heute und erst recht in der Zukunft, hier vor unserer Haustür, in ganz Europa und erst recht in den Ländern der sogenannten dritten Welt.

* Auf der Straße, dem Ort der steigenden Unvernunft – des stetigen Wachstums und Brechens der verfassungsrechtlichen Vorgaben - das ist der Ort, an dem die Letzte Generation auf genau diese Ungerechtigkeit und das Nicht-Handeln im Angesicht der eskalierenden Klimakrise hinweist. Um die Regierung an ihre eigene Verfassung, an ihr eigenes Klimaschutzgesetz und ihre Verantwortung gegenüber uns allen, insbesondere der jungen und den nachfolgenden Generationen, zu erinnern und Mitbürger:innen Handlungsalternativen und ihre eigene Wirkungsmacht aufzuzeigen.

**Adressat:innen des Protestes**

* Dieser Protest richtet sich dementsprechend an alle, insbesondere all jene, die durch ihr Verhalten und ihre Entscheidungen etwas verändern können und müssen. Das sind auch alle Autofahrenden und Konsument:innen, sowie Wähler:innen und zum anderen sind es Politiker:innen und Menschen, die jetzt in diesem Moment an Hebeln sitzen und uns alle endlich in eine andere Richtung steuern können.
* Leider ist das Thema Klimakrise, das Thema Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, all die tausende Tode, die Menschen jetzt schon täglich sterben, anscheinend nicht relevant genug, um einfach so, ohne eine Lobby, wenn man so will, als oberster Prio-punkt auf der Agenda der Bundesregierung, auf der Agenda der Tagesthemen und zumindest auf der Agenda lokal und persönlich von uns allen steht.
* Die Klimakrise zeigt sich zwar auch mehr & mehr in unserem Alltag hier in Deutschland – Stichwort Überschwemmungen (besonders katastrophal vor zwei Jahren im Ahrtal), Hitzewellen, Waldbrände, Extremwetterereignisse, Grundwasserknappheit, Ernteverluste -, aber dennoch bedarf es leider einer Störung unseres so gut geschützten Alltags, um uns mit dem zu konfrontieren, was wir viel zu lange ignoriert haben. Mit der Frage, was wir tun, wenn unsere Regierung es momentan nicht auf die Kette bekommt, sich ernsthaft um den Schutz von unser aller Leben, um den Schutz von gerade heranwachsenden Generationen und der Sicherung von deren zukünftigen Lebensgrundlagen und Freiheitsrechten zu kümmern.
* Es geht mir in meinem zivilen Widerstand und meinen den Alltag kurzzeitig unterbrechenden Protesten darum, die Lücken und die Fragilität innerhalb unseres sonnigen Alltags aufzuzeigen. Aufzuzeigen, dass wir nicht weiter unbegrenzt auf den Straßen ohne Tempolimit dahinbrausen können. Aufzuzeigen, dass wir nicht unendlich auf fossile Energieträger setzen können und damit wohlwissend in einen Abgrund rasen, mit jedem Gramm abgebauter Kohle und jedem Milliliter abgepumpten Öls. Aufzuzeigen, dass wir miteinander ins Gespräch kommen müssen und gleichzeitig Druck auf die Regierung aufbauen müssen. Denn das sind die Menschen, die sich bewusst für Entscheidungsverantwortung entschieden haben und einen Eid geschworen haben, unsere Verfassung einzuhalten und Leid von uns allen als Bevölkerung abzuwenden.
* Das ist der Grund, wieso Menschen sich auf Straßen setzen und für ein Tempolimit und den Ausbaustopp von fossilen Energieträgern protestieren. Genauso ist dies der Grund dafür, dass Menschen vor Profiteur:innen der Krise protestieren, darauf aufmerksam machen, informieren, und die Alltagsunterbrechung, das Aufhorchen der Menschen dafür nutzen, um Fakten und die schockierende Realität klar und unverhüllt in den öffentlichen Raum zu stellen.
* Das ist der Grund, wieso Regeln gebrochen werden. Die Regel sagt: Auf einer Straße darf nur gefahren werden. Die Straße gehört den Autos und den LKWs. Diese Regel wird gebrochen, wenn Menschen auf einem Fußgänger:innenüberweg stehen bleiben und sich hinsetzen. Plötzlich passieren da ganz andere, unvorhergesehene Dinge auf der Straße, eröffnet einen Stillstand, eine Schwebe, und Raum für Diskussion, Austausch, Veränderung.
* Ein Regelbruch ist aber nicht automatisch mit einem Gesetzesbruch gleichzusetzen.

**Konkretes Geschehen vor Ort**

* Ich möchte nun auf die konkreten Tage und Vorwürfe eingehen, die in mehreren gelben Briefen bei mir in der Post gelandet sind. Ich werde auf die jeweiligen Tage und Vorgänge, sowie meine Motivation und Beweggründe eingehen und hoffe, dass ich hiermit ein paar Dinge klarstellen kann.
* Allgemeine Grundsätze einer friedlichen Versammlung der LG:
	+ Friedlichkeit & Gewaltfreiheit auf allen Ebenen – in unseren Taten und unseren Worten.
	+ Wir möchten Leben retten und keine Leben gefährden: Wir achten immer auf die Bildung einer Rettungsgasse und halten Autofahrende zu deren Bildung an. Ausgehend von der Rettungsgasse ordnen sich die Menschen, die sich zumfestkleben entschlossen haen und jene, die in der Rettungsgasse sitzen, um aufstehen zu können, sobald wir Sirenen eines RTWs hören oder ein Mensch auf uns zukommt, der aus medizinischen Gründen durchmuss, an.
	+ Der Ablauf der Proteste wird ausführlich in Workshops vorbereitet, die Anleitungen sind öffentlich im Wiki der Letzten Generation (auf der Website verlinkt) zugänglich, sodass alle, die an einer Straßenblockade teilnehmen möchte, um auf die Blockadehaltung der Bundesregierung in der Klimapolitik und die zukünftig drohenden einschneidenen Einschränkungen im Verkehrssektor aufmerksam zu machen, dies friedlich und möglichst sicher tun können. Hier stehen weitere Eckpunkte, wie z.B., dass der Notruf sofort verständigt wird, wenn die Straße blockiert ist, damit RTWs umgeleitet werden können. Dass erst bei grünem Licht der Fußgänger:innenampel auf die Straße gegangen wird. Dass Warnwesten zur Sichtbarkeit und als Wiedererkennungswert getragen werden. Dass Banner und Flyer zur Information und Grundlage für Diskussionen und Gespräche genommen werden. Dass Schilder mit der Aufforderung an die Autofahrenden hochgehalten werden sollen, damit eine Rettungsgasse gebildet wird.
	+ Aufbauend auf den zahllosen Videos und der ausufernden dokumentarischen Begleitung der öffentlich-rechtlichen Medien, die sich im Internet finden, bzw. durch einfache Information über die öffentlich zugänglichen Anleitungen der Letzten Generation und einer einfachen Teilnahme an einem vorbereitenden Workshop, kann also jede Person an einer Straßenblockadeversammlung teilnehmen, ohne dass es einer Leitung bedarf. Diese Workshops werden aktuell, und wurden auch zu der Zeit, in der ich selbst mich an Protesten beteiligt habe, regelmäßig angeboten.
* **DATUM – Straßenblockade**
	+ Am X beteiligte ich mich an meiner ersten friedlichen Versammlung mit anderen Menschen der Letzten Generation.

Die unangemeldete, friedliche Versammlung reihte sich in eine Reihe von Protesten deutschlandweit ein. Diese Proteste waren medial deutlich angekündigt worden und in der Woche zuvor gab es bereits zwei Straßenblockaden zu derselben Uhrzeit auf der B31 in Freiburg.

* + Kurz zum Ablauf der gesamten unangemeldeten Versammlung vor Ort:
		- Die Straßenblockade ging an der Ampelüberquerung auf der X los und bewegte sich dann langsam Schritt für Schritt Richtung Tunnel.
		- Dies war meine erste Straßenblockade und ich war sehr aufgeregt und nervös.
		- Wir sind in der Ampelphase auf die Straße getreten, die für die Fußgänger:innen grün anzeigte. Dann haben wir unsere Warnweste angezogen, unsere Banner ausgerollt und Masken aufgesetzt, um den Corona-Auflagen für Versammlungen nachzukommen. Die unterstützenden Menschen haben uns begleitet, Schilder mit der Aufforderung zum Bilden einer Rettungsgasse durch die Reihen der Autofahrenden getragen und Flyer verteilt. Auf den Flyern wurde erklärt, wieso es gerade einen Stau gibt und was genau die inhaltlichen Forderungen sind. Als wir Schritt für Schritt fast am Tunneleingang angelangt waren und uns gerade hingesetzt hatten, kam ein Mensch nach vorne, der in seinem Auto Medikamente in den Schwarzwald transportiert hat. Wir sind alle direkt aufgestanden und haben die Autos durchfahren lassen. Anschließend haben wir uns wieder hingesetzt und wurden fast direkt von der Polizei, die mittlerweile vor Ort war, aufgefordert runterzugehen und anschließend weggetragen.
		- Ich erinnere mich noch, dass erst alle anderen Menschen bis auf Pressevertreter:innen aus dem Tunnelbereich weggeschickt wurden und mir das ein etwas mulmiges Gefühl gegeben hat, da ich mir unsicher war, wie die Polizei mit uns umgehen würde.
		- Nach relativ kurzer Zeit wurde die Straße wieder freigegeben, da wir alle sehr schnell weggetragen wurden.
		- Anschließend wurde ich mit auf die Polizeistelle genommen, etwas länger in einer Zelle warten gelassen bis zur Anhörung, anschließend befragt, erkennungsdienstlich behandelt und nach einiger Zeit gehen gelassen.
	+ Versammlungsziel war sowohl die Erreichung medialer Aufmerksamkeit als auch die Autofahrenden auf die Verschwendung von Lebensmitteln und den zu hohen CO2-Ausstoß in Verbindung mit diesem Verhalten und dem nicht-existenten gesetzlichen Rahmen hinzuweisen und deutlich den drohenden Stillstand vor Augen zu führen, der mit dem Nichttätigwerden beim Einhalten der Klimaschutzziele zwangsläufig in Zukunft einhergehen wird. Unser Anliegen war es, die Autofahrenden darüber zu informieren, dass der Bundesregierung ein konkreter Entwurf für ein Gesetz gegen die existierende Lebensmittelverschwendung vorliegt und diese sich möglichst schnell damit beschäftigen sollte, da es keine Kontrapunkte gibt. Es handelt sich hierbei um eine der ersten und einfachsten Maßnahmen, die wir ohne Verzicht sondern sogar mit Gewinn für viele Teile der Gesellschaft einführen sollten.
	+ In unseren Gesprächen mit den Autofahrenden haben wir folgende Rahmenbedingungen erklärt, die uns zu unserem Protest motiviert haben: Jedes Jahr werden circa 18 Millionen Tonnen an Lebensmitteln über alle Produktions- und Verteilsschritte hinweg weggeworfen. Dies entspricht fast einem Drittel des Nahrungsmittelverbrauchs. Die durchschnittliche Zuladung bei einem 40-Tonnen-Lkw wird auf 25 Tonnen geschätzt. Würde man diese Lebensmittelverschwendung auf 0 senken, könnten nach sehr grober, konservativer Schätzung also mindestens 720.000 LKW-Fahrten jährlich vermieden werden. Das “UN Environment Programme” geht davon aus, dass 8 - 10% der globalen Emissionen auf Lebensmittelverschwendung zurückgeführt werden können. Für den deutschen Raum fasst es die Deutsche Umwelthilfe (DUH) folgendermaßen zusammen: "Lebensmittel, die nie in unseren Mägen landen, verursachen einen unnötigen Verbrauch von Landflächen, Wasser, Energie und Ressourcen. Durch Lebensmittelverschwendung verschwenden wir rund 25 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Pro Kopf werden jährlich 2.700 Liter Wasser verschwendet. Anbau, Transport und Verpackungen verursachen Umweltverschmutzungen und heizen das Klima an. Durch Lebensmittelverschwendung entstehen pro Kopf und Jahr knapp eine halbe Tonne Treibhausgase. Dies entspricht circa 4 Prozent der jährlichen Gesamtemissionen von Deutschland.” (siehe dazu den Artikel der DUH unter: https://www.duh.de/projekte/lebensmittelverschwendung/ (Stand 14.02.2023)) Ausgehend von 0,5 Tonnen CO2 pro Kopf, belaufen sich die Emissionen für das gesamte Bundesgebiet danach auf 41 Millionen Tonnen CO2.
	+ Und wir müssen uns als Bevölkerung die Frage stellen, wieso dieses Thema nicht als eins der ersten und einfachsten von unserer Regierung angegangen wird. Alle erforderlichen Grundlagen sind da. Orientieren können wir uns an Frankreich. Ein ausformulierter Gesetzesentwurf von German Zero liegt vor und die Überzeugung der Allgemeinheit, dass Essen wegschmeißen sich nicht gehört und der Umwelt nicht gut tut, schafft Rückendeckung. Es gibt keinen Grund mit der Umsetzung zu warten. Und unser Planet hat keine Zeit mehr, zu warten.
* **Plakatieraktion**
	+ Am X beteiligte ich mich an zwei miteinander verbundenen Protesten vor der Commerzbank und vor der Volksbank. Diese künstlerischen Informationsaktionen an den Fassaden der Banken reihte sich in eine Reihe von ähnlichen Aktionen der Letzten Generation deutschlandweit ein.
	+ Banken und anderen Investoren kommt eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Klimakrise zu. Wir alle wissen dumpf in unserem Hinterkopf, dass die Kapitalmärkte eigentlich komplett auf grün umschalten müssen, damit der Umbau von Energieversorgung, Verkehr und sonstiger Infrastruktur bewältigt werden kann. Und gleichzeitig erscheint der komplizierte Zusammenhang zwischen Banken, meinem eigenen Geld auf jener oder dieser Bank und deren Investitionsmachenschaften häufig zu abstrakt, weit entfernt und nun ja, leicht zu ignorieren.
	+ Da wir nicht weiter ignorieren können, dass die Commerzbank seit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens ihre Finanzierung von fossilen Energieunternehmen mehr als verdoppelt und damit über 11 Millionen Euro in klimaschädliche Firmen investiert hat, habe ich mich am 09.05.22 dazu entschieden, Kundinnen und Kunden der Commerzbank, sowie Passantinnen und Passanten in der Einkaufsstraße genau hierauf aufmerksam zu machen. Anschließend tat ich dies vor der Volksbank, da diese eine ähnliche, teilweise sogar erschreckendere, Bilanz aufzuweisen hat.
	+ Hierfür wurden von anderen Aktivist:innen Plakate an die Fassaden und Fenster der Banken angebracht. Auf diesen Plakaten stand: „Stoppt den Fossilen Wahnsinn“ – „Dieser Verzicht auf Führung ist kriminell! – Antonio Guterres, UN-Generalsekretär“ und ein Auszu, bzw. eine Übersicht zu den neuesten Erkenntnissen des IPCC-Berichtes.
	+ Da mir in meinem Protest grundlegend Friedlichkeit gegenüber Menschen und Dingen einer der wichtigsten Grundsätze ist, wäre ich dieser Aktion ferngeblieben, wenn ich nicht sicher gewusst hätte, dass die Letzte Generation meine Grundsätze teilt und, dass diese Plakate daher nur mit einem sogenannten Mehlkleister angebracht werden. Hierfür nimmt man einfaches Weizenmehl und rührt dieses mit Wasser an. Dementsprechend lässt sich die Verklebung sehr einfach wieder mit warmem Wasser lösen, es handelt sich also um eine nur kurzzeitige Veränderung des Erscheinungsbildes und es entstehen keine zurückbleibenden Schäden.
	+ Ich persönlich, wie sich auch auf Videos von den Protesten erkennen lässt, habe während der Aktionen vor der Commerzbank und der Volksbank ein Megafon genutzt, um Menschen das Geschehen zu erklären und einzuladen, sich die Infos auf dem einem Plakat genau anzuschauen, sich der Dramatik unserer Situation zu öffnen, und einen Flyer mitzunehmen bzw. uns auch gerne mit all ihren Fragen, Kritikpunkten, oder Anregungen anzusprechen.
	+ Durch die Plakate und die parallel stattfindenden Reden und Gesprächsangebote an Passantinnen und Passanten wurde auf diese Art & Weise in die Thematik und Realität der Klimakrise, sowie ihren Zusammenhang mit dem Verhalten der Banken für unseren Alltag eingeführt. Der fossile Wahnsinn, der sonst so gerne unbemerkt bleibt, so gerne ignoriert wird, hat hierdurch Einzug in den sonnigen Nachmittag der Menschen vor Ort gehalten und auch die Angestellten der Banken mit den Herausforderungen dieser Zeit konfrontiert. Nur durch solche Konfrontationen mit den Fakten ist ein Umdenken und Veränderung möglich.
* **DATUM Straßenblockade**
	+ Am X gab es einen Protest auf der Lessingstraße, an dem ich als normale Versammlungsteilnehmerin beteiligt war.
	+ Dieser Protest, sowie der am X, reihte sich in eine Protestphase der Letzten Generation ein. In dieser Zeit fanden jeden Montag in allen möglichen Städten in Deutschland Straßenblockaden statt. Dieser Aktionsplan war auch öffentlich zugänglich auf der Internetseite der Letzten Generation, sowie den Social Media Kanälen, und auch über den Presseverteiler.
	+ Bevor wir gemeinsam zum Blockadeort haben wir uns an der X getroffen. Hier habe ich auch Interviews mit anwesenden Pressevertreter:innen geführt, da ich aufgrund meiner Theatererfahrungen generell kein Problem habe, vor Kameras zu stehen, bzw. gerne über den überlebenswichtigen, demokratischen Protest informiere. Die Entscheidung, wer genau mit der Presse spricht ist – ähnlich wie die Entscheidung, wer genau klebt – eine gemeinschaftliche.
		- Auch für die Menschen, die mit Presse sprechen, gibt es regelmäßige Übungsangebote und Workshops spezifisch von der Letzten Generation und auch anderen Bewegungen. Ich habe an diesen Workshops teilgenommen. Genauso wie alle anderen Menschen, die an anderen Orten in Deutschland regelmäßig mit der Presse sprechen.
		- Da ich mit Kameras den gesamten Protest über begleitet wurde, habe ich natürlicherweise eine Kommunikationsrolle zwischen Journalisten und anderen Versammlungsteilnehmer:innen eingenommen und aktiv kommuniziert, wie alles wahrscheinlich ablaufen wird. Dies habe ich allein entschieden und erst recht nicht selbst bestimmt. Wie schon ausgeführt, ist der Ablauf immer derselbe und richtet sich nach bestimmten Grundsätzen.
		- Bevor wir Richtung X losgelaufen sind, haben wir gemeinsam ein kleines Warm-Up gemacht. Dies sind Übungen, die uns als Protestteilnehmer:innen im Protesttraining beigebracht werden. Da eine Straßenblockade durchaus eine herausfordernde Situation ist, kann es helfen, wenn man sich als Gruppe gemeinsam eine kleine Übung ausdenkt. An diesem Tag haben wir dies gemeinsam gemacht, da es für viele die erste oder zweite Straßenblockade erst war und ich, wie die meisten anderen, sehr nervös und aufgeregt war. Danach geht es direkt zur Straße, ohne dass es dafür eine Leitungsentscheidung oder Anweisung braucht. Alle wissen darüber Bescheid.
	+ Ich bin, wie die anderen, im Moment der Grünphase auf die Straße getreten. Bevor wir aber komplett unsere Banner ausgebreitet hatten, sind wir direkt wieder von der Straße runter gegangen, um einen Krankenwagen durchzulassen.
	+ Anschließend haben wir erneut auf grün gewartet und sind dann mit Warnwesten und Bannern wieder auf die Straße gegangen.
	+ Wenn ich an den X denke, erinnere ich mich außerdem, dass rechts neben mir die Person saß, die für die Rettungsgasse hätte aufstehen können und auch als erstes weggetragen wurde. Dies passierte relativ schnell und dann begann die Polizei auch direkt damit, Autos, teilweise auch LKWs, rechts neben mir durchzuleiten.
	+ Ansonsten war ich an diesem Tag aufgeregter als sonst, da ich Interviews für die Presse gegeben habe.
	+ Aufbauend auf den kleineren Themen vom Anfang des Jahres, Stichwort Lebensmittelverschwendung, widmete sich der Protest am 16.05. mit Blick auf die sich aufbauende Krise in der Ukraine und der Frage, wie genau und wie lange können wir uns noch von fossilen Energien abhängig machen, der Unmöglichkeit von weiteren Investitionen in fossile Rohstoffe. Dies wurde in dem Moment vorangetrieben von unserer Regierungskoalition. Es sollte in der Nordsee gebohrt werden, während uns parallel vorgeführt wurde, wie unsicher ein Leben aufbauend auf Öl und Gas ist – besonders während wir auf eine eskalierende Klimakrise hinsteuern.
	+ Protestgegenstand war der fossile Wahnsinn, den wir tagtäglich in Deutschland praktizieren und hinnehmen und aktiv voranbringen, während in anderen Ländern Menschen an unserer Unfähigkeit in der Energiewende sterben. Wir haben uns damit sowohl an die Autofahrenden, als auch an die Bundesregierung gerichtet.
	+ An erstere, da Autofahrende, welche im Regelfall Verbrennungsmotoren nutzen, maßgeblich von fossilen Energien abhängig sind und gleichzeitig den Verbrauch hochtreiben und damit Teil des Problems von viel zu hohen Emissionen sind. Unter Berücksichtigung auch der bei der Herstellung verbrauchten Ressourcen und des dabei entstehenden CO2-Ausstoßes, welcher auch Elektroautos betrifft, erhöht sich dieser Beitrag noch um ein Vielfaches. Sie sind damit in besonderem Maße Teil der Klimaproblematik und haben eine konkrete Möglichkeit, auf die Reduzierung des CO2-Ausstoßes hinzuwirken, indem sie auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.
	+ Wir brauchen ein Auflösen der Blockadehaltung auf Seiten der Regierung und ein Umdenken innerhalb der Bevölkerung, wenn wir es gemeinsam schaffen möchten, der Klimakrise wirksam zu begegnen. Aber hierfür müssen wir ins Gespräch dazu kommen und der Realität und der ernsten Lage ins Auge blicken. Und das klappt am effektivsten, wenn wir uns gegenseitig direkt damit konfrontieren. Auf der Straße wird dabei besonders deutlich, dass zukünftigen Geberationen ein zwangsweiser Stillstand droht, wenn wir nicht jetzt bereits nachhaltig handeln. Gerade im Verkehrssektor aber wird die Stagnation der Energie- und Verkehrswende noch immer am sichtbarsten.
* **DATUM – Straßenblockade**
	+ Am X beteiligte ich mich an einer Straßenblockade auf der B31, Höhe Talstraße. An diesem Tag waren wir zu dritt und dementsprechend war die mittlere Person zuständig für die Rettungsgasse und ich habe mich mit meiner rechten Hand angeklebt. Ich saß aus meiner Sicht rechts außen und aus Sicht der Autofahrenden links. Im Falle eines Krankenwagens o.ä. hätte ich mich dementsprechend auch noch aufdrehen können uns so die Lücke in der Mitte vergrößern können.
	+ Wir sind bei grün auf die Straße gegangen (die Grünphase ist hier erstaunlich kurz dafür, dass man es als Fußgängerin in der Zeit über die gesamte Straßenbreite schaffen soll), haben Warnwesten angezogen & Banner aufgerollt. Außerdem wurde der Notruf informiert, es wurden Flyer verteilt und Gesprächsangebote an die Autofahrenden gemacht.
	+ Direkt als wir stehengeblieben sind & die Warnwesten rausgeholt haben, ist ein Auto sehr, sehr nah an mich und die Person links neben mir herangefahren und ich hatte das Gefühl, dass es auch einfach weitergefahren wäre, wenn einer der Unterstützer mit Flyern nicht dazwischengegangen wäre & sich beschützend vor mich gestellt hätte.
	+ Zwischendurch hat sich ein Rettungswagenfahrer in Zivil zu mir gesetzt und wir haben relativ lange sprechen können – bis ich weggetragen wurde. Wir sprachen über seine Eltern und Freundinnen und Freunde, die am arabischen Frühling beteiligt waren. Er hat sich bei uns bedankt und betonte, dass Protest leider unangenehm, aber notwendig für eine funktionierende Gesellschaft sei. Dieses Gespräch war sehr intensiv und emotional für mich.
	+ Anschließend wurde ich mit auf die Wache genommen und erneut erkennungsdienstlich behandelt.
	+ Das Thema dieser Blockade war ebenfalls „Stoppt den fossilen Wahnsinn“, welches sich mit den vorgenannten Protestthemen aus dem Mais 2022 deckt.
* **DATUM – Straßenblockade – FFF Globaler Streik**
	+ Am X war der letzte globale Klimastreik der Fridays for Future. In Kooperation und Absprache mit unterschiedlichen Klimabündnissen gab es unterschiedlichste Proteste. Neben der großen Demonstration, fanden auch Proteste und Versammlungen der Letzten Generation statt, um darauf aufmerksam zu machen, dass unsere Regierung sich nach Artikel 20a GG dazu verpflichtet sehen sollte, unser aller Lebensgrundlagen zu schützen. Außerdem stand auf den Bannern, dass wir alle die Letzte Generation vor den Kippunkten sind. Und auch die erste, die mit den Konsequenzen unseres Nicht-Handelns leben muss.
	+ In dem Moment als die Demonstration auf der anderen Seite der Dreisam vorbeilief, haben wir uns in der Grünphase für die Fußgänger:innen auf die Straße begeben, unsere Banner ausgerollt und Warnwesten angezogen und uns teilweise festgeklebt – unter Freilassung der Rettungsgasse natürlich. Die Polizei kam erst nach und nach an.
	+ Parallel hat die Demonstration sich solidarisch gezeigt und einen sogenannten „Sit-In“ auf der Gegenrichtung der B31 etabliert. Dort saßen alle Demonstrationsteilnehmer:innen für einige Minuten, bevor sich einige neben unseren Straßenblockaden sammelten und der Rest des Demonstrationszuges weiterzog.
	+ Ansonsten lief die Straßenblockade nach den bereits hervorgehobenen Parametern einer friedlichen Versammlung ab und es gab von Seiten der Protestierenden keine Abweichungen in unserem Verhalten.
	+ An diesem Tag wurden wir von viel Presse begleitet, unter anderem gab es einen Beitrag in der Tagesschau in dem auch ich zu sehen bin und interviewt wurde. Die Elektrowerke Schönau begleiteten den Protest und veröffentlichten ein ausführliches Video dazu auf ihren Kanälen.
* In meinen Protesten habe ich mich mit unterschiedlichsten Einzelthemen beschäftigt, die alle eng verknüpft sind mit den letzten, wenigen Momenten, die wir alle noch haben, um ins Handeln zu kommen.
* Die Bandbreite der Protestinhalte der Letzten Generation zeigt auf, dass wir es hier nicht mit einem einfachen, direkt zu lösenden Problem zu tun haben. Keine einzelne Person kann morgen oder heute die Welt retten. Es sind kleinere und einfache Dinge, wie ein Essen-Retten-Gesetz, und größere Änderungen, wie die Wende weg von fossilen Energieträgern hin zu erneuerbaren Energien, die uns auf einen Weg bringen können, der tatsächlich die Lebensgrundlagen jetziger und zukünftiger Generation noch schützen kann.

**Abschluss**

* Veränderung ist und war noch nie bequem. Hätten wir uns als Gesellschaft immer mit nicht-störendem Protest zufriedengegeben, dann dürfte ich heutzutage nicht wählen. Dann könnte mir nicht einmal das Argument in Radiointerviews entgegengeworfen werden, dass ich doch wählen gehen solle und erstmal meine demokratischen Rechte wahrnehmen kann, bevor ich den Mund aufmache.
* Und das wissen wir doch in unserem Land besonders zu schätzen. In einem Land, das zusammengefunden hat im Zuge friedlicher ziviler Protestbewegungen. Deswegen können wir uns unangemeldet, friedlich, gemeinsam, an beliebigen Orten versammeln – und das sollte nach unserer Verfassung ohne staatliche Repression und ohne die Befürchtung, kriminalisiert zu werden, möglich sein. Und das ist das, worum es hier heute gehen sollte.

**Letztes Wort**

In Ostafrika leiden 36 Millionen Menschen unter einer seit Jahren anhaltenden Dürre. Von Beginn dieses Prozesses bis jetzt sind deswegen (75/h, 48/min) Menschen verhungert. Die sind unwiederbringlich tot. Genau wie die etwa 90 Arten die seit Tagesbeginn ausgestorben sind.

Drastische Zahlen, die bei den meisten Menschen trotzdem nicht viel mehr als ein kurzes Unwohlsein auslösen, denn irgendwo anders sterben ständig Menschen, daran ist man irgendwie gewöhnt. Einen neuen Nerv hingegen trifft der europäische Klimabericht (ESOTC) der deutlich sagt, dass sich der Klimawandel nirgendwo auf der Welt dramatischer zeigt als in Europa. Hier, also bei uns, steigen die Temperaturen doppelt so schnell an wie im globalen Durchschnitt.

Weil ich das nicht einfach so hinnehmen möchte, erhebe ich, wie ich es als mündige Bürgerin dieses demokratischen Staates gelernt habe, meine Stimme, mein Megafon, meinen Stift, oder was mir sonst auf friedliche Art und Weise zu Verfügung steht, um auf unser aller Recht auf Überleben aufmerksam zu machen.

Ich bin mir bewusst, dass viele der Fragen, die wir heute angeschnitten haben, nicht unbedingt in ein Strafgericht gehören. Aber ich denke auch, dass wir alle Rechtsbereiche sowie unsere eigenen, persönlichen Rollen in diesem Kontext, in diesem System, in der aktuellen Situation Infragestellen und überdenken müssen. Unser Rechtssystem hat sich noch nie mit einer Notstandslage, wie der der Klimakrise, auseinandersetzen müssen. Dieses Phänomen hat keinen Raum in den Paragraphen, wie wir sie kennen und interpretieren heutzutage. Und es findet wahrscheinlich auch keinen Raum, in dem zu treffenden Urteil heute. Aber vielleicht doch. Vielleicht schaffen wir es gemeinsam, die Wege und Räume zu nutzen, die uns sehr wohl zu Verfügung stehen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Sven Lilienström, Gründer der Initiative Gesichter des Friedens, mit dem ich auch die Einleitung meiner Bachelorarbeit begonnen habe:

„Die Klima-Aktivist\*innen der „Letzten Generation“ sind omnipräsent. „Unignorierbar“, auch dank einem Dauerplatz in den Gaststuben und virtuellen Stammtischen der Republik. Dort sind sie nicht nur unbequem, sie stören regelrecht. Allein schon deshalb, weil sie uns tagtäglich den Spiegel der Untätigkeit vorhalten, einen Spiegel, in dem wir unser unreflektiertes Ebenbild viel lieber schulterklopfend oder am Lenkrad unseres wohlig beheizten Zweit-SUVs thronend betrachten. Auf die Spitze treibend, bekommen wir diesen Spiegel coram publico von Frauen, schlimmer noch, von jungen Frauen, vorgehalten. Das kratzt – insbesondere am zeitlich gereiften männlichen Ego.“

Dies sehe ich als junge Frau in meiner Verantwortung jungen Generation gegenüber.